

(24.02.2017 – 02.03.2017)

Grüner Pressespiegel

*Gemeinsame PE der Unterzeichner*innen*

01.03.2017 - Katzenschutzverordnung jetzt einführen – Dringender Appell an Oberbürgermeister Hilgen

„Das Leid der Katzen nimmt sehr stark zu – in der Anzahl streunender Katzen wie auch bei Krankheiten, die unter den Tieren eine immer stärkere Verbreitung finden. Die Kommune muss diese Gefährdungslage erkennen und mit einer Verordnung zum Schutz der freilebenden Tiere und der Hauskatzen handeln.“ appellieren Tierschutz- und Umweltverbände und das Tierheim Wau-Mau-Insel an Oberbürgermeister Bertram Hilgen. In einem offenen Brief weisen Sie auf die Gefahren sowie die wachsende Zahl von Fundtieren hin. „Die Zahl der Straßenkatzen wächst.“ stellt Karsten Plücker vom Tierheim Wau-Mau Insel fest. „Streunende Katzen sind aufgrund der mangelnden Versorgung oft krank und unterernährt. Wir haben im Tierheim eine massive Zunahme an Behandlungen von Fundtieren und setzen bislang auch auf ehrenamtliche Unterstützung. Das ist aber auf Dauer nicht zu leisten.“

„Um das Tierleid einzudämmen, muss die Zahl wildlebender Katzen begrenzt werden.“ bekräftigt Ruth Helwig von Verein Cat-Care Tierhilfe Kassel e.V. die brisante Lage. „Wir haben in der Vergangenheit weit über zweitausend verwilderte Katzen kastrieren lassen und so viele wie möglich von der Straße geholt. Die Grenzen der Belastbarkeit sind jedoch überschritten. Die Lösung ist eine Katzenschutzverordnung, die der Oberbürgermeister in Kraft setzen müsste.“ Doch trotz Unmengen von fachlichen Gründen und der dazu gehörenden Belege, blockiere Oberbürgermeister Hilgen die Umsetzung. „Der Alarmruf ist geboten. Wir brauchen dringend eine Katzenschutzverordnung, die eine Kastrations- und Registrierungspflicht vorsieht. Damit haben viele andere Städte in Hessen und Deutschland sehr gute Erfahrungen gemacht.“ Sagen Helwig und Plücker.

Bereits 2013 hatte die Stadtverordnetenversammlung die Einführung einer Kastrations- und Registrierungspflicht beschlossen. „Damals sagte der Magistrat, wir warten auf eine Rechtsgrundlage des Landes. Diese liegt seit Mitte 2015 vor. Warum Herr Hilgen trotz dessen die Katzenschutzverordnung blockiert ist nicht nachvollziehbar“, so Christine Hesse, umweltpolitische Sprecherin der grünen im Kasseler Rathaus. „Der Tierschutz ist Teil des Grundgesetzes. Der Oberbürgermeister der Stadt Kassel darf sich nicht vor den Aufgaben drücken. Das Elend der Tiere und die Probleme der Einrichtungen sind offenkundig. Ein Handeln des Oberbürgermeisters

ist überfällig. Auch wenn er bald aus dem Amt scheidet, kann er heute noch etwas bewirken.“ sagt Nicole Maisch, tierschutzpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag und Abgeordnete auch Kassel.

Karin Müller, MdL

01.03.2017 - Bundesfernstraßen Bilanz: Freie Fahrt in Hessen – Sanierung vor Neubau

Aus Sicht der GRÜNEN im Landtag zeigt die heute vorgestellte Bundesfernstraßenbilanz von Verkehrsminister Tarek Al-Wazir, dass Hessen seinen nachhaltigen Weg in der Verkehrspolitik konsequent weiter geht. „Wir GRÜNE legen einen klaren Fokus auf die Sanierung, den Erhalt und Ausbau von Straßen, statt immer nur einfach weiter Beton und Asphalt in die Landschaft zu gießen. Weil Verkehrsminister Al-Wazir mehr Bundesmittel sichern konnte, kommen wir in Hessen mit der Sanierung unserer Straßen voran“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Ohne die gute Planungs- und Verwaltungsarbeit von Hessen Mobil und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wäre Hessen beim Abrufen der Bundesmittel nicht auf Platz vier im bundesweiten Vergleich gelandet. Ihrer Arbeit gilt daher unsere besondere Dank.“

Hessen habe im vergangenen Jahr rund 750 Millionen an Bundesmitteln für Erhalt, Neu- und Ausbau und den Betrieb von hessischen Autobahnen und Bundesstraßen ausgegeben. „Mit 382 Millionen Euro floss mehr als die Hälfte in den Erhalt. Eine große Priorität lag darauf, Brücken in Hessen zu erhalten. In den letzten Jahrzehnten wurde hier zu wenig investiert. Mit der Strategie, Sanierung vor den Neubau zu stellen, fährt Hessen richtig“, so Müller. „Mit einer Million Euro für Lärmschutz rüsten wir für Bürgerinnen und Bürger an viel befahrenen Straßen nach, damit die Lebensqualität in Hessen weiter steigt. Besonders freuen wir uns, dass bei der Bedarfsplanung 7,1 Millionen Euro in den Ausbau von Radwegen geflossen sind. Damit stärken wir den Nahverkehr und treiben die Verkehrswende weiter voran.“

Grüne Jugend Kassel

28.02.2017 - Klimaschutz soll in Kassel gelebt werden

Am 27. Februar ist der Tag des Eisbären. Das Ökosystem Arktis als sein Lebensraum hat sich rasant verändert. Der Eisbär als Einzelgänger wird

somit bei seiner Jagd und Partnersuche behindert. Die Arktis ist nur ein Beispiel für Folgen des menschengemachten Klimawandels. Dies betrifft alle Lebensräume weltweit mit seinen Bewohnern. Wir sind dafür verantwortlich, die Emissionen müssen gesenkt werden!

Gemeinsam mit Eva Koch hat die Grüne Jugend Kassel Informationsmaterialien an Passant*innen verteilt und spannende Gespräche geführt. Zudem gab es die Möglichkeit, an einem „Eisschollenspiel“ teilzunehmen, bei dem die Spieler*innen in die Rolle der Eisbären schlüpfen, die sich auf immer weniger Platz arrangieren müssen.

Auch Kommunalpolitik muss umweltfreundlich und nachhaltig sein. Unsere Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeister*in steht für:

- Ausbau der erneuerbaren Energien, z. B. mehr Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden
 - Personelle Aufstockung im Klimaschutzreferat der Stadt Kassel
 - „Neue Energie für alte Häuser“ – Effizienzkampagnen zur Gebäudesanierung
 - Umweltfreundliche Stadtverwaltung durch einen Fuhrpark mit E-Mobilität und den Gebrauch von Dienstfahrrädern
 - Ausbau von Radwegen und des ÖPNV
- Klimaschutz soll in Kassel gelebt werden. Deshalb unterstützt die Grüne Jugend Kassel die Grüne OB-Kandidatin Eva Koch.

Karin Müller, MdL

24.02.2017- Einladung zur Bürger*innensprechstunde der Grünen Landtagsabgeordneten Karin Müller

Karin Müller, Kasseler Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, lädt für Montag, den 06. März zwischen 14 und 16 Uhr herzlich zu ihrer Sprechstunde in Kassel (Samuel-Beckett-Anlage 6) ein.

Wer Rat sucht oder Informationen zu aktuellen politischen Themen wünscht, ist ebenso willkommen, wie die Bürger*innen, die der Abgeordneten Anregungen mit auf den Weg geben möchten.

Karin Müller ist Sprecherin für Verkehr, Mobilität und Rechtspolitik, zudem die Ansprechperson für die Stadt und den Landkreis Kassel.

Zur besseren Koordination ist eine Voranmeldung unter 0561-739 59 51 oder unter buero@gruene-mueller.de erforderlich.

Kreisverband

24.02.2017 - Ehrenamt stärken – Tag der Erde nicht kaputtreden

„Bei der aktuellen Debatte um den Tag der Erde wird vergessen, dass Kassels dynamische Entwicklung sehr stark mit dem Engagement der Menschen verbunden

ist. Dieses Engagement gilt es auch beim Tag der Erde zu stärken und nicht kaputtzureden.“ sagt Boris Mijatovic, Sprecher der Kasseler Grünen. In 25 Jahren sei der Tag der Erde zu einem bundesweit einmaligen Event angewachsen. Das sei der Verdienst ehrenamtlichen Engagements im Umwelthaus. „Bei allem Verständnis für Kritik: der Ton, den vor allem die CDU in dieser Debatte an den Tag legt, ist unanständig und angesichts der herausragenden Leistungen des Ehrenamtes der Umweltverbände völlig unangemessen. Die Anfeindungen gegen den Veranstalter fördern dessen Aktivitäten nicht, sondern beschädigen mit Vorsatz das hohe Ansehen. Das können wir in Kassel nicht wollen.“

Besonders ärgerlich findet Mijatovic die mediale Inszenierung der CDU im OB-Wahlkampf. „Das Thema hat drei Monate niemand beachtet. Kurz vor der Wahl wird dann der große Aufstand inszeniert.“ Dass der Wahlkampf der CDU zu Lasten des Ehrenamtes ginge, sei nicht zu entschuldigen und schade der Stadt. "Ehrenamtliche Initiative ist auch bei schwierigen Entscheidungen zu schützen. Sonst geht Kassel die Dynamik leichtfertig verloren.“ Der Ortsbeirat Wolfsanger-Hasenhecke habe bereits im November 2016 den fleischlosen Tag der Erde und die Auswahl der Stände diskutiert. „Wenn die CDU das so problematisch findet, braucht sie nicht drei Monate, um sich aufzuregen. Für eine ernsthafte Debatte hat es reichlich Raum gegeben, den die CDU bewusst ignoriert hat.“ sagt Mijatovic.

In der Grundidee soll der Tag der Erde zum Nachdenken über Umwelt und Konsum anregen. „Wenn nicht beim Tag der Erde, wo sonst ist der richtige Ort, umweltpolitische Themen zu setzen?“ sagt Mijatovic. Der Tag der Erde sei eben kein Volksfest wie Zissel, Wehlheider Kirmes und Stadtfest. Die Region sei gut beraten, das ehrenamtliche Engagement der Umweltverbände zu achten. Eine Absage der Veranstaltung sei das schlechteste, was Kassel passieren könne.